

Positionspapier der FDP Hessen

(Beschluss des Landesvorstandes am 16.01.2016)

Die FDP Hessen hat mit ihrem Beschluss „Zuwanderung steuern – Integration verbessern“ auf dem Landesparteitag in Oberursel wegweisende Leitlinien für eine liberale Flüchtlingspolitik beschlossen. Ihre Beachtung, so kann man im Rückblick selbstbewusst sagen, hätte nicht wenige der Fehlentwicklungen der letzten Monate vermieden.

Kernforderungen sind die Rückkehr zu rechtsstaatlichen Zuständen durch Sicherung der EU-Außengrenzen, die beschleunigte Bescheidung der mittlerweile 330.000 nicht bearbeiteten Anträge, die Registrierung der wohl 400.000 nicht erfassten Flüchtlinge, eine zeitlich befristete Duldung der Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention, die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber und die Vollkostenübernahme durch den Bund, insbesondere für die Flüchtlingsunterbringung. Ferner fordert die hessische FDP eine – wo möglich – zügige Integration in den Arbeitsmarkt ohne die Schwelle eines Mindestlohnes sowie unmittelbare Erteilung von Sprachkursen und die Verpflichtung aller auf die Werte des Grundgesetzes. Neben die humanitären Verpflichtungen unseres Landes sollen ein stärkeres Engagement in den Flüchtlingsländern und eine an den Interessen des deutschen Arbeitsmarktes orientierte gesetzlich gesteuerte Zuwanderung treten.

Die Ereignisse von Köln und in anderen deutschen Städten haben gezeigt, dass eine von der Bundesregierung geförderte ungesteuerte Zuwanderung der falsche Weg ist. Die Freien Demokraten bekennen sich zur humanitären Verpflichtung unseres Landes und distanzieren sich von jeder Form des Fremdenhasses. Sie erwarten andererseits die uneingeschränkte Durchsetzung der in Deutschland geltenden Gesetze. Hierfür muss sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Köln ist nicht ein Resultat fehlender Gesetze, sondern ihrer unterbliebenen Durchsetzung und einer falschen Rücksichtnahme auf kulturelle und ethnische Unterschiede. Die Gleichheit vor dem Gesetz wurde hier aufs Spiel gesetzt. Der Vertrauensverlust der Menschen in Rechtsstaatlichkeit, staatliche Institutionen und in weiten Teilen versagende mediale Berichterstattungen ist empfindlich. Den sonst ungebremst in alle Lebensbereiche eingreifenden Staat erleben die Menschen hier als abwesend oder schwächlich. Dies gefährdet den gesellschaftlichen Frieden und das wichtige staatliche Gewaltmonopol.

Die Kapazitäten zur Aufnahme in den Städten und Gemeinden sind begrenzt, ehrenamtliches Engagement gerät an seine Grenzen, die schnelle Integration in den Arbeitsmarkt ist auf

wenige Fälle beschränkt und es fällt der Exekutive in Teilen schwer, staatliches Recht durchzusetzen. Der Rechtsbruch der Bundesregierung unter der Führung von Angela Merkel, den zahlreiche Verfassungsrechtler dieser Tage konstatieren, hat das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat erschüttert.

In Ergänzung ihres Beschlusses vom 14. November 2015 fordern die Freien Demokraten in Hessen daher Folgendes:

1. Grundlage jeder Staatlichkeit ist die Sicherung der eigenen Grenzen. Diese sollte unbedingt an den europäischen Außengrenzen erfolgen. Eine solche Grenzsicherung ist angesichts des einseitigen Vorgehens der Bundesregierung nicht leichter geworden. Hierauf sollte sich aber die logistische, personelle, technische und materielle Unterstützung unserer europäischen Nachbarn mit entsprechenden Außengrenzen konzentrieren. An diesen Außengrenzen sollte dann die Registrierung der Flüchtlinge wie die Entscheidung über ihren Aufenthaltsstatus erfolgen. Diejenigen Menschen, deren Status es gestattet einzureisen, sind nach einem noch festzulegenden Schlüssel, der sich an Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft orientiert, auf die Mitgliedstaaten der EU zu verteilen.
2. Für den Fall, dass eine solche Grenzsicherung nicht erreicht werden kann, fordern wir ein Konzept zur Sicherung nationaler Grenzen. Eine solche Grenzsicherung ist in demokratischen Staaten niemals total, die Unterstellung des stellvertretenden hessischen Ministerpräsidenten Tarek Al- Wazir, dies sei unmöglich und sein Vergleich mit der DDR, die dies nicht einmal mit Mauer und Schießbefehl geschafft habe, ist falsch und unangemessen.
3. Um den Menschen, die Schutz vor Verfolgung und Krieg suchen, helfen zu können, müssen unsere Kräfte gebündelt werden. Wir fordern eine zügige Umsetzung der erweiterten Definition von sicheren Herkunftsländer, wie es andere europäische Länder schon heute praktizieren.
4. Die Verschärfung von Gesetzen ist nicht die Lösung des Problems. Wir fordern die konsequente Verfolgung von Straftaten, insbesondere von sexuellen Übergriffen, und die Absenkung der zeitlichen Dauer von Freiheitsstrafen als Abschiebungshindernis.
5. Die Freien Demokraten fordern eine personelle Verstärkung der Polizei auch in Hessen. Es muss gewährleistet sein, dass der Rechtsstaat in allen Teilen unseres Landes ohne Ansehen der Person durchgesetzt wird.

6. Die Nennung der Herkunft von Menschen in Ermittlungsverfahren darf nur im Einzelfall erfolgen, wenn dies für die Öffentlichkeit zum Verständnis der Hintergründe der Tat geboten erscheint. Allerdings sollte eine Statistik verurteilter Straftäter Grundlage einer offenen und vorurteilsfreien Debatte über die Ursachen und Häufungen bestimmter Kriminalitätsformen sein.
7. Nur die Rückkehr zu rechtsstaatlichen Zuständen und die Durchsetzung unserer Gesetze schaffen die Voraussetzung für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit extremen Parteien wie der AfD und der Linken. Diese dürfen den gesellschaftlichen Diskurs in der Bundesrepublik nicht dominieren. In diesem Sinne streiten die Freien Demokraten für eine weltoffene, plurale und tolerante Gesellschaft in einer wehrhaften Demokratie und wenden sich gegen jede Form von Extremismus.
8. Das Staatsversagen bei der verwaltungsmäßigen Bewältigung des Flüchtlingszustroms muss beendet werden. Der wegen der unzureichenden Anstrengung der Bundesregierung und insbesondere des verantwortlichen Bundesinnenministers weiter steigende Rückstand bei der Bearbeitung von bereits gestellten Asylanträgen erfordert deutlich verstärkte Anstrengungen nicht nur bei der personellen Ausstattung des BAMF, sondern vor allem eine deutlich effektivere Verfahrensgestaltung. Angesichts der dokumentierten Unfähigkeit des BAMF zur raschen Verbesserung der Abläufe muss auch darüber nachgedacht werden, die Zuständigkeit für die Abwicklung der Verfahren auf die Länder zu verlagern, etwa im Wege der Bundesauftragsverwaltung.
9. Eine Erhöhung jeglicher Steuern und Abgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise lehnen wir ab.